

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 22. November 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0081

Gewaltfreie Politik

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 12.06.2012 -

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. April 2012 wurde berichtet, dass die Wiesbadener Stadtverordnete Manuela Schon (LINKE & Piraten) im Zusammenhang mit der Anti-Kapitalismus-Demonstration in Frankfurt zu folgendem Facebook-Eintrag den Knopf „Gefällt mir“ anklickte:

„Gewalt wurde an diesem Tage ausgeübt, gegen Schicki-Läden, gegen Bonzen-Herbergen, gegen die EZB. Und ist das denn nicht legitim? Ist es nicht unser Recht, ja geradezu unsere Pflicht, aufzustehen gegen diese Zustände, die immer unerträglicher werden? Was hat denn jeglicher friedliche Protest bisher bewirkt. Nur weitere Verschlechterungen.“

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab.

Beschluss Nr. 0625

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 12.06.2012 betr.

Gewaltfreie Politik

wird einschließlich des dazu von Seiten der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gestellten Änderungsantrages durch den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen ersetzt (s. dazu Punkt 9.1 der heutigen Sitzung - 12-F-21-0001).

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2012

Dezernate I, II, III, IV, V, VI und VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister